

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 Pf. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einblatt. Millimeterzettel 20 Pf. ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. D. S. u. Disc.-Ges., Depositent., Jerusalemstr. 65-66.

Der Sieg der Linken. Selbst die Rechtskreise geben ihn zu.

Paris, 2. Mai. (Eigenbericht.)

Der „Paris Soir“ hat errechnet, daß die verschiedenen Parteien beim ersten Wahlgang folgende Mandate gewonnen bzw. verloren haben:

Table with 3 columns: Party Name, Gewinn (Gain), Verlust (Loss). Rows include Sozialisten, Radikale, Republikanische Föderation, etc.

Wenn man die Parteien auf die gegenwärtige Mehrheit und Opposition verteilt, dann ergibt sich für die Regierungsmehrheit ein Verlust von drei Mandaten, für die Opposition ein Gewinn von neun Mandaten.

durch seine Besseres Rede die Brücke zwischen sich und den Radikalen abgerissen habe.

Der Sozialist Frossard, der in parteipolitischen Fragen große Autorität besitzt, hat auf eine Anfrage des „Paris Midl“ telephonisch geantwortet, daß die sozialistischen Kandidaten zugunsten der Radikalen zurücktreten würden, die größere Aussicht auf Erfolg haben.

Der deutliche Sieg der Linksparteien im ersten Wahlgang wird in negativer Form auch von dem Führer der Nationalisten, Louis Marin, zugegeben, der von Nancy an den „Paris Soir“ folgende Erklärung telephonisch übermittelt hat:

„Ich bedauere die für den Augenblick sehr große Blindheit der Mehrheit des französischen Volkes, sowohl vom Standpunkt der auswärtigen Lage wie von dem der Wirtschaft- und Finanzkrise aus.“

Wie groß auf der Rechten die Bestürzung über den Wahlausgang ist, beweisen die Kommentare der nationalistischen Montag-Abendblätter.

Alarm aus Bayern. Bendersstraße und Wilhelmstraße.

Die Presse der Bayerischen Volkspartei hat gestern einen Alarm schuß abgefeuert. Er soll die Aufmerksamkeit auf gewisse Vorgänge hinter den Kulissen lenken, die auf den Sturz der gegenwärtigen Reichsregierung und ihre Erziehung durch eine reine Militärregierung hinführen.

Die Nachricht ist von Berliner amtlicher Seite als „haltlose Kombination“ bezeichnet worden, die jeglicher tatsächlichen Begründung entbehre.

Wie der „Soz. Pressedienst“ erzählt, stellt die bayerische Veröffentlichung eine Warnung dar, die an gewisse Kreise in der nächsten Umgebung des Reichspräsidenten gerichtet ist.

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei spricht im Zusammenhang mit ihrer Meldung von bolivianischen Zuständen. Damit meint sie offenbar jene Art bolivianischer Regierens, bei der immer ein militärischer Diktator von einem andern abgelöst wird.

Tagung des Reichskabinetts. Besprechung der Wirtschaftslage in Abwesenheit des Wirtschaftsministers.

Das Reichskabinettnahm am Montag einen Bericht des Reichskanzlers über dessen Genfer Verhandlungen entgegen und besaßte sich dann in Verbindung mit einer Generalaussprache über Deutschlands Wirtschaftslage mit dem Staatsentwurf.

Die Verhandlungen des Kabinetts werden am Dienstagvormittag fortgesetzt. Sie dürften mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Die Gerüchte um Danzig. Warschau dementiert energisch.

Warschau, 2. Mai. (Eigenbericht.)

Die Meldung des „Daily Express“ über angebliche polnische Botschaften gegen Danzig wird nicht nur von den hiesigen offiziellen polnischen Stellen energisch dementiert, sie findet auch in denjenigen politischen Kreisen, die dem heutigen polnischen Regime besonders kritisch gegenüberstehen, keinen Glauben.

Auch der Völkerbundskommissar dementiert.

Danzig, 2. Mai. (Eigenbericht.)

Der hohe Kommissar Gravina dementiert auf das entschiedenste die Meldungen der englischen Presse, soweit sie auf seine Person und seine Tätigkeit als Völkerbundskommissar Bezug nehmen.

Polnischer Protest in London.

London, 2. Mai.

Die polnische Botschaft veröffentlicht folgende Erklärung: Der polnische Botschafter sprach heute im Auswärtigen Amt vor, um die Aufmerksamkeit auf gewisse beunruhigende Angaben über angebliche polnische aggressive Absichten auf den Freistaat Danzig zu lenken, die in Berichten, die von drei Londoner Zeitungen heute morgen veröffentlicht wurden enthalten sind.

neilen und höchst böswilligen Presseberichte sind von Anfang bis zu Ende unwahr. Es ist bedauerlich, daß solche Berichte in diesen kritischen Zeiten verbreitet werden, wo sie die Aufgabe derer, die für die Befestigung des Friedens arbeiten, nur schwieriger gestalten können.

Die Reichsregierung paßt auf.

Zu den Meldungen englischer Sonderkorrespondenten aus Danzig wird deutsch-offiziös erklärt, daß man die Entwicklung in Danzig mit äußerster Wachsamkeit verfolgt und daß die Reichsregierung irgendwelchen Unternehmungen gegen die Unverletzlichkeit des Freistaates Danzig auf das schärfste entgegenzutreten würde.

Durchs Hakentkreuz ums Brot gebracht! Krisenverschärfung durch Naziagitation.

Weimar, 2. Mai. (Eigenbericht.)

Die Nazisucht bringt viele thüringische Arbeiter und Geschäftleute um Lohn und Brot. Im Vorjahr wurden bereits verschiedene naziverseuchte thüringische Bäder und Sommerfrischen von Erholungsbedürftigen gemieden.

In Blankenberg, einer Enklave des preussischen Kreises Siegenrück, wird in der Hausindustrie die Weißwarenhandwerkerei betrieben. Eine Düsseldorf-Firma, die bisher von dort ihre Waren bezogen hat, schrieb kürzlich an ihre Lieferanten: „Bei Ihrer Sendung befindet sich ein Arbeitszettel, auf welchem sich der Vermerk „Heil Hitler“ befindet.“

Der naziverseuchte Großpapierfabrik Rosenthal an der Saale, Kreis Schleiz in Thüringen, gehen in letzter Zeit ebenfalls immer weniger Aufträge zu. Große Firmen bestellen bei ihr nicht mehr. Auch der großen Lederfabrik in Hirschberg an der Saale sind in letzter Zeit mehrfach große Aufträge verloren gegangen.

In diesen beiden großen Betrieben betreiben hauptsächlich die Angestellten Hakentkreuzpropaganda.

Man kann dem jetzigen „System“ im Reiche wirklich nicht den Vorwurf machen, daß das Militär in ihm zu schwach vertreten ist. Reichspräsident ist ein Feldmarschall, die innerpolitisch wichtigsten Ämter des Reichswehr- und Innenministers liegen in der Hand eines Generals — und die anderen? Lobredner haben das gegenwärtige Kabinettn ein „Kabinettn der Frontsoldaten“ genannt; man könnte es aber auch ein Kabinettn ehemaliger Offiziere nennen.

Man hat aber dem militärischen System einen Vorteil nachgesagt, der in stürmischen Zeiten besonders schwer wiegt: nämlich daß es auf dem Verhältnis unbedingter Subordination beruht und dadurch ein gewisses Mindestmaß staatlicher Ordnung gewährleistet. Sehr in Gegensatz zu dieser weitverbreiteten Auffassung steht aber die Vorstellung, daß der Staatssekretär im Reichswehrministerium und der Chef der Heeresleitung Pläne schmieden könnten, um ihren Chef, den Reichswehrminister, zu stürzen.

Die Pläne, die in München den Generälen von Schleicher und von Hammerstein zugeschrieben werden, werden von der Rechten, insbesondere von den Nationalsozialisten, auf das eifrigste betrieben. Doch gestern abend versicherte der „Angriff“, die Stellung Groeners sei nach der Ablehnung des Reichsbannerverbots unhaltbar geworden.

Mit dieser Möglichkeit rechnet man auch in der Bayerischen Volkspartei oder, wie man heute beinahe schon wieder sagen darf, im bayerischen Zentrum. Das Zentrum hat bei den Landtagswahlen in Preußen, Bayern und Württemberg seine sogenannte Schlüsselstellung nicht nur gehalten, sondern auch noch sehr erheblich gestärkt.



# Der Freitag im Aether.

Arbeiter-Solidarität im Rundfunk.

Ein erhebendes Gefühl war es, am Sonntag am Radioapparat durch den Aether Europas zu streifen. Von allen Wollen Kreuz und quer durch den Kontinent klangen Rundfunkprogramme, die dem großen Feiertag der internationalen Arbeiterschaft gewidmet waren. Es schien, als hätten sich die Feinde der Menschheit auch am Mikrofon verkrochen vor der Macht dieses großen Tages des Sozialismus. Im Aether hörte man Ansprachen in allen Tonarten der Welt, überall standen Genossen am Mikrofon und überall war besonders dieser 1. Mai dem Friedenswillen der Arbeitermassen gewidmet.

Schon um 6 Uhr morgens klang die erste Internationale durch den Aether. Der belgische Sender Brüssel war es, der mit einer Ansprache des Genossen Vanderveelde den Freitag für die ganze Welt eröffnete. Genosse Vanderveelde sprach zu den Arbeitern der ganzen Welt und sandte brüderliche Grüße der Internationale. Dann folgte eine Reportage von Lüttich und Antwerpen. Durch die Straßen der beiden Städte klang der Schritt der demonstrierenden Massen.

Während des Tages kamen die deutschen Sender mit ihren Maiveranstaltungen.

Konzerte, gewidmet dem Arbeiterfeiertag, klangen aber auch von den anderen Wollen der Welt. Um 4 1/2 Uhr nachmittags ergriff am Sender Wien Genosse Kautsky das Wort und sofort unterbrachen auch die holländischen Sender ihr Programm, um die Rede Kautskys aufzunehmen und für die eigenen Hörer zu übertragen. So klang die Rede des Genossen Kautsky von verschiedenen Wollen. Millionen Arbeiter sahen lauschend an ihren Radioapparaten, Millionen Vertätigte horchten auf.

Gegen abend setzten wieder die Mailfeiern überall ein. Der Arbeiter-Radioklub Hollands im Sender Hilversum sandte ein Hörspiel „Karl Marx“, das das Leben des großen Führers schilderte. Zum Schluss folgte ein Appell im Namen des internationalen Sozialismus. „Die Reaktion versucht wieder ihren Kopf zu heben, kämpft sie nieder im Geiste des Marxismus, verteidigt bis zum Letzten eure erworbenen Rechte und kämpft für neue!“

Um 20 Uhr sandte auch Kopenhagen ein sozialistisches Hörspiel, geschrieben von den Genossen Noergaard und Bomholt. Das Hörspiel „Neue Signale“ schildert in sehr eindrucksvollen Formen 50 Jahre Entwicklung der Arbeiterbewegung. Ein Friedensappell an die Völker der Erde schloß hier die Feier.

Im französischen Sender Toulouse sprach ein Genosse zum Freitag und sandte brüderliche Grüße an die Genossen in Deutschland. In Norwegen, von den nördlichsten Rundfunksendern Europas, klang auch eine Mailfeier. Und es war ein unvergeßlicher Augenblick, am Radio sitzend von der Tschedostowaki, von Oesterreich, von Holland, von Belgien und bis hinauf nach Norwegen im selben Augenblicke dasselbe Lied zu hören in ganz verschiedenen Sprachen, aber im selben Takt, gesungen mit demselben Pulsschlag des Herzens: Die Internationale! So freilich man erfreut durch ganz Europa, nur die Sender der getrockneten Länder Polens, Ungarns, Italiens usw. schwiegen zum Freitag. Für die Arbeiter dieser Länder könnte keine Internationale.

Der Rundfunk der spanischen Republik aber bewies hier den Solidaritätsgeist des internationalen Proletariats. Spät abends trat ein Genosse an das Madrider Mikrofon und sagte: „Während wir, das freigeordnete Spanien, in Freude unsere Mailfeiern begehen, denken wir der Genossen, die diesen Feiertag nicht kennen dürfen. Brüderlicher Gruß nach Italien, für euch spielen wir jetzt unser aller Lied“ und von der Welle Madrid klang es um 1 Uhr nachts: „Völker, hört die Signale!“ N. Gardus.

## Demokratie oder Diktatur.

Rundfunkvortrag Karl Kautskys in Wien.

Karl Kautsky, der Altmeister des wissenschaftlichen Sozialismus, hat am 1. Mai im Wiener Rundfunk gesprochen. Wir geben einige Stellen des gedankenreichen Vortrages wieder.

Nachdem Karl Kautsky die Geschichte der Weltentwicklung skizziert und ihre Bedeutung für die Kämpfer und Vorkämpfer hervorgehoben hatte, führte er aus:

Bis zum Weltkrieg gab es über die Wichtigkeit der Demokratie keine Meinungsverschiedenheit unter den Arbeitern, die an der Mailfeier teilnahmen. Der Pantheismus war überwunden.

Der Weltkrieg führte in Staaten, die noch keine geehligte Demokratie hatten, zum Umsturz, er führte aber auch zur Gewinnung mancher Volksschichten an den Gebrauch von Waffen für politische Zwecke; er brachte endlich so erhebliche Zustände, daß die Ungeduld der Leidenden oft nach Taten der Verzweiflung schrie und sich von der Demokratie abwandte, die unermüdliche, gebührende Arbeit erheischt und keine Wunder zu wirken vermag.

Solche Wunder wurden verlangt, und gar leicht wurde mancher als Erlöser gepriesen, der sie versprach.

Auf diesem Boden sind nach dem Weltkrieg trotz des Sieges der Demokratie, der ihm vielfach folgte, manche neue Diktaturen oder doch die Drohungen solcher erwachsen, Diktaturen verschiedener Art, aber eine in ihrem Gegensatz zur Demokratie.

Diese Haltung ist begrifflich, denn unter den heutigen sozialen Bedingungen, die die arbeitenden Massen immer stärker und selbstständiger machen, ist Demokratie, die demokratische Republik, das unabweisliche Ziel der politischen und sozialen Entwicklung überall. Das bezeugt die Geschichte der letzten Jahrhunderte. Wo sich in einem für die Demokratie reifen Lande zeitweise eine Diktatur bildet, hat sie stets nur provisorischen Charakter. Darum fühlt sie sich aber auch stets von der Demokratie bedroht, von der der Nachbarländer ebensowohl wie von der des eigenen Landes.

Bis zum Weltkrieg rief die Mailfeier ihre gewaltigen Eindrücke gerade durch ihre Geschlossenheit des gesamten internationalen Proletariats hervor, die sie so glänzend bekräftete. Heute besteht in vielen Ländern die Spaltung zwischen demokratischen Sozialisten und Diktaturanhängern. Doch die Ursache dieser Spaltung scheint ihrem Ende entgegenzugehen.

Die Sozialisten aller Richtungen sind einig darin, daß sie den Ausgangspunkt der Mailfeier, die Verkürzung der Arbeitszeit durch Gesetz, dringend verlangen, und ebenso einig in dem letzten sozialistischen Ziele, das sie sich setzen. Sie sind einig in ihrem leidenschaftlichen Abscheu vor dem Kriege und in ihrem Eintreten für den freien Verkehr zwischen den Völkern.

Nur der Gegensatz von Demokratie und Diktatur trennt die Sozialisten. Doch alle Abstraktionen der letzten Zeit weisen darauf hin, daß in den proletarischen Reihen die zeitweise von manchen ihrer Schichten proklamierte Sache der Demokratie wieder vorwärtsgeht, die der Diktatur Rückschritte macht. Immer mehr erkennen die Arbeiter, daß nur die demokratische Republik für sie der Mutterboden ist, aus dem sie neue Kräfte laugen, nur sie die Grundlage, auf der sie ihre Ideale verwirklichen können.

# Mißverständnis im Braunen Haus.



„Was wollen denn Sie?“ — „Wir suchen Anstellung. Wir haben gelesen, daß hier dauernd geklagt wird — und wir sind Klageweiber von Beruf!“

## Prüfung der Bankensanierung.

Scharfe Kritik im Falle Iffe. — Forderungen an die Reichsregierung.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags gab heute den Bericht eines besonderen Unterausschusses über die Bankensanierungen entgegen, die nach dem 13. Juli 1931 notwendig wurden. Berichterstatter war Abg. Dr. Hilferding, er führte aus:

Der staatliche Eingriff war notwendig, das haben alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten anerkannt. Die Schließung einer Großbank ist unmöglich, denn sie verwaltet fremde Gelder. Privates Arbeiten von Großbanken gibt es volkswirtschaftlich überhaupt nicht. Die Sanierung mußte im Allgemeininteresse erfolgen.

Ähnliche Vorgänge haben wir in Italien gehabt und gehen jetzt in Schweden vor sich. Aber konnte mit der Großbankensanierung nicht auch eine Umformung der Bankensysteme vorgenommen werden? In England bestehen Banken für das Finanzierungsgeschäft und für das Depositengeschäft (Geldanlage und Geldverwaltung), in Deutschland sind diese Geschäfte bei den Banken vereinigt. Jetzt kann das nicht mehr geändert werden.

Ist in Deutschland das Bankwesen zu stark konzentriert? Wenn das schon richtig wäre, so könnte zur Zeit dieser Mangel auch nicht ohne weiteres behoben werden.

Die Sanierung war für das Reich sehr schwierig, weil es kaum Vermögen zur Verfügung stellen konnte. Die Reichsbank stellte dann aus ihren Gewinnen rund 200 Millionen Mark zur Verfügung. Sie hatte stärkstes Interesse an der Liquiditätsstärkung der Banken. Bei der Rekonstruktion des deutschen Bankwesens ist jene Eingliederung der Reichsbank in die Sanierung zu beachten.

Die Rotverordnung vom 22. Februar 1932 gab der Reichsregierung das Recht, für die Bankensanierung bis 250 Millionen Mark aus eigenen Mitteln auszugeben und bis 400 Millionen Mark im Wege der Kreditbeschaffung zu besorgen. Ein Gesamtbild aller bisherigen Sanierungskonten geben die folgenden Zahlen:

Gesamtausgabe für Aktien	338 Millionen Mark
zurückgezahlte Beträge	307 „
verlorene Zuschüsse	185 „
Bürgschaften	285 „

Der Plan der einheitlichen Verwaltung der vom Reich sanierten Banken ist noch nicht weiter gediehen.

Der Abgeordnete Köhler (Ztr.) bedauert, daß die Bankleiter vom Reich zu entgegenkommend behandelt worden seien. Eine klare Zusammenstellung aller Kredite und ihre haushaltsrechtlichen

Grundlagen sei notwendig. Die dem Wunsch schloß sich auch der Sprecher der Deutschnationalen an.

### Abg. Hilferding (Soz.):

mochte als Fraktionsredner der Sozialdemokraten darauf besonders aufmerksam, daß die Reichsopfer bei der Bankensanierung außerordentlich groß gewesen seien, damit hätten die Aktionäre dieser Bank immerhin ein Drittel von ihrem Vermögen gesichert erhalten, was sonst verloren gewesen wäre.

Bedauerlich sei es, daß der Bankkommissar des Reiches es direkt vermieiden habe, wenigstens dort einzugreifen, wo die vom Reich sanierten Banken durch ihre Direktoren nach der Sanierung ganz ungeniert gegen die Reichsinteressen gearbeitet haben.

Das Tollste auf diesem Gebiete sei die Stellung des Direktors Reinhardt von der Commerzbank in der Aktionärsversammlung der Iffe-Bergbau gewesen.

Er habe rücksichtslos dagegen angeknüpft, daß die „Bia“ — die Spitzengesellschaft der Reichsbeteiligung — auch nur einen Aufsichtsrat in jener Aktiengesellschaft bekomme, obwohl das Reich an ihr eine erhebliche Aktienbeteiligung habe. Er fragte, wie es komme, daß die Reichsregierung sich das habe gefallen lassen.

Eine dritte Frage sei, warum die Reichsregierung es bisher an einer einheitlichen Zusammenfassung der neu zugewonnenen Reichsinteressen im Bankwesen immer noch fehlen lasse. Die Bankpolitik des Reiches verlange diese Zusammenfassung, sonst wären die privaten Beteiligten und Saniernden die lachenden Dritten. Auf die Führung der Kreditpolitik komme heute alles an. Es sei Aufgabe des Reiches hier einzugreifen.

Der Reichsfinanzminister Dietrich gab die Berechtigung der sozialdemokratischen Kritik zu, zählte aber dann die vielerlei Schwierigkeiten und Hindernisse auf, die sich nach seiner Meinung der Durchführung der sozialdemokratischen Forderungen entgegenstellten.

Sowohl der volksparteiliche Abgeordnete Cremer wie der staatsparteiliche Abgeordnete Reinhold verurteilten ebenfalls mit scharfen Worten die Stellungnahme des Direktors Reinhardt von der Commerzbank.

Der Bericht des Bankenausschusses wurde dann durch Renutrisnahme erledigt.

Am Dienstag den 3. Mai verhandelt der Hauptausschuß weiter den Bericht seines Rechnungsunterausschusses über die Haushaltsrechnung 1930. Er beginnt mit dem Reichswehrministerium.

## Das Gesicht des neuen Landtags.

Die Nachverteilung. — Streit zwischen Nazis und Jugendbergnern, wer mehr rechts ist.

Im Preussischen Landtag fand am Montag eine Besprechung der Geschäftsführer der neuen Landtagsfraktionen über die Verteilung der Arbeitsräume und Plätze im neuen Landtag statt. Wie seinerzeit im Reichstag erhoben die Deutschnationalen darauf Anspruch, nach wie vor die Plätze auf der äußersten Rechten zu behalten. Gegen diesen Einspruch wurde aber mit Unterstützung der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Kommunisten der nationalsozialistischen Forderung zugestimmt, wonach den Nationalsozialisten die Plätze auf der Rechten eingeräumt werden. Da die starke Fraktion der Nationalsozialisten den größten Teil der Plätze auf der Rechten einnimmt, sitzen die Deutschnationalen schon fast in der Mitte. Der Vertreter der Deutschnationalen behielt sich noch einen offiziellen Einspruch seiner Fraktion gegen diese Regelung vor. Die Vorderplätze im neuen Landtag sind sämtlich den fünf Fraktionen, die es jetzt allein noch gibt, zugestanden worden. Die kleinen Gruppen sind

hinten zwischen den Fraktionen untergebracht. So sitzen die beiden Staatspartei zwischen Zentrum und Sozialdemokraten, die Gruppen der Volkspartei, der Christlichsozialen und Hannoverscher Zentrum und Deutschnationalen. Von den Vorderplätzen haben die Nationalsozialisten fünf, die Deutschnationalen einen, das Zentrum zwei und Sozialdemokraten und Kommunisten ebenfalls je zwei.

## Ein Nazispikel hinausgeworfen.

Ein Polizeiwachmeister im Dienste der Nazis.

Darmstadt, 2. Mai. (Eigenbericht.) Gegen den hiesigen Polizeiwachmeister Friedrich Weis hatte vor kurzem die Disziplinarkammer für die Schutzpolizei auf Dienstentlassung erkannt, weil er versucht hatte, im Auftrage der hiesigen Nazileitung andere Polizeibeamte für den Nachrichtendienst an die NSDAP zu gewinnen, ferner, weil er im Auftrage der Parteileitung vertrauliches Material der Polizeibehörde unter Beachtung des Dienstgeheimnisses dem Nachrichtendienst übermittelte und weil er die Ergebnisse seiner Gesinnungsprüfungen unter den Kameraden und Vorgesetzten den Nazis verraten hatte. Diese Dienstvergehen wurden bekannt durch ein von Weis und dem Leiter des Nazispikeldienstes Otto Kauf-Darmstadt unterzeichnetes Protokoll, das ein anderes Mitglied des Nachrichtendienstes aus moralischen Bedenken der Polizei übergeben hatte. Weis hatte gegen die Dienstentlassung Berufung eingelegt, sag sie aber in der heutigen Verhandlung zurück. Damit ist die Entlassung rechtskräftig geworden und gleichzeitig hat Weis damit die Berechtigung der Entlassung zugegeben. Die geladenen Zeugen des Nazispikeldienstes, darunter der Fraktionsführer und Gauleiter Lenz hatten sich verweigern lassen und waren auch von der Polizei nicht aufzufinden.

## Volkstheater.

Bruno Frank: Sturm im Wasserglas.

Die Volkstheater macht Sommerferien und folgt durch eines der letzten noch mit Humor und Liebenswürdigkeit ausgestatteten Lustspiels für die gute Stimmung, die uns langsam verloren geht. Da Hans Niese und ihr artiger Hund Tomi auch mitwirken und für Gemüt sorgen, werden alle guten Gaben mit vielem Beifall aufgenommen. M. H.



# Noch einmal der Monopolvertrag.

## Vor dem Ende der Beweisaufnahme im Sklarek-Prozeß.

Zu Beginn der Montagverhandlungen im Sklarek-Prozeß teilte der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kefner, mit, daß Aussicht bestehe, die Beweisaufnahme noch in dieser Woche zu beenden, so daß am nächsten Montag die Klädgers der Staatsanwaltschaft beginnen könnten. Dann trat das Gericht in die Verhandlung über die Verwertung des Monopolvertrages ein.

Der frühere Stadtkämmerer Dr. Lange erklärte, daß sieben Angebote von Firmen, darunter eines Beauftragten des Karstadt-Konzerns und der Firma S. Adam, auf Uebernahme des Monopolvertrages nach dem Zusammenbruch der Sklareks vorgelegen hätten. Die Reflektanten hätten ein bis drei Millionen Mark geboten, aber zum Teil verlangt, daß ihnen Jahresumsätze bis zu sechs Millionen garantiert würden. Ein Eingehen auf diese Angebote sei deshalb abgesehen worden, weil die Uebernahme des Monopolvertrages praktisch einem Neuabschluss gleich gekommen wäre. Der Magistrat habe aber den Grundlag vertreten, keinen neuen Monopolvertrag abzuschließen, und zwar auch aus dem Grunde, weil die günstigsten Angebote nur auf zwei bis drei Millionen Mark lauteten, während der Schaden durch die Sklareks über zehn Millionen betrug. Sachverständiger Prof. Leitner: Wäre es nicht vielleicht kaufmännischer gewesen, wenn man durch langsame Abwicklung den Schaden allmählich abgedeckt hätte, um so zu retten, was zu retten war? — Lange: Es ist eingehend geprüft worden, ob man nicht ein Vergleichsverfahren eingeleitet hätte, es blieb aber nach Ansicht des Magistrats nichts anderes übrig, als der Konkurs.

Kommerzienrat Schöndorf von der Karstadt K. G. als Zeuge gab an, daß es sich damals nicht um eine Offerte des Hauses Karstadt gehandelt habe, sondern nur um die Bemühungen eines Dr. Bernstein, der Vertreter der Firma war und für das Gesamtunternehmen nicht rechtsunfähig gewesen sei. Dr. Bernstein habe ihm, Schöndorf, nahegelegt, den Monopolvertrag zu über-

nehmen, was er abgelehnt habe. Er hätte einen solchen Monopolvertrag niemals abgeschlossen, weil dieser gegen die guten Sitten verstoßen habe. Bei dem Monopolvertrag hätte es sich nicht um einen jährlichen Reingewinn von 2½ Millionen gehandelt, sondern allenfalls von 600 000 M.

Der Nachmittag brachte die nochmalige Vernehmung des Kaufmanns Moriz Rosenthal, der zu den Behauptungen der Wahrlagerin Frau Seidler gehört wurde. Rosenthal bestätigte zunächst die in einem Beweisantrag der Verteidigung aufgestellte Behauptung, daß die Sklareks die ihnen angebotenen Warenkredite nicht ausgenutzt hätten. Er betonte, daß er ihnen bei ihren Bestellungen Kredite in Höhe von 60 000 bis 80 000 M. eingeräumt hätte. Vorj.: Die Zeugin Frau Seidler hat es so dargestellt, daß die Sklareks die erste Million durch Kommerzienrat Bamberg und die weiteren drei Millionen Stadtbankkredit mit Ihrer Hilfe erhalten haben. — Zeuge: Ein einziges Mitglied des Kreditausschusses konnte gar keine Kredite bewilligen. Vorj.: Sie haben bei Ihrer früheren Vernehmung gesagt, daß mit den Sklareks nur unverbindliche Besprechungen bezüglich des ausländischen Kredits in Höhe von 2½ Millionen Dollar stattgefunden haben. Halten Sie das angesichts der Aussagen von Frau Seidler noch aufrecht? Zeuge: Ja wohl. Ich habe keinen Kredit frei zugesagt. Eine städtische Gesellschaft sollte einen Auslandskredit bekommen und daran sollten, glaube ich, die Sklareks beteiligt werden. Vorj.: Keinen Sie Schöning? Zeuge: Ja.

Der letzte Zeuge, Staatsanwaltschaftsrat Wassmund, erklärt, daß er von den Sklareks keinerlei Gelder erhalten habe. Wenn er von dem „Offenbaren“ der Sklareks gesprochen habe, dann deshalb, weil er in dem Glauben gewesen sei, daß die Sklareks sich in Zahlungsschwierigkeiten befänden. Er habe damals niemals vermutet, daß es sich um strafbare Handlungen der Sklareks gehandelt habe.

# Das Strandbad des Ostens.

## Der Müggelsee ladet zum Bade. — 90 000 Quadratmeter Strand.

Kaum eine andere Weltstadt hat so viele und so herrliche Volksbäder aufzuweisen wie die Reichshauptstadt. Hunderte von Volksbädern sind an Spree und Havel und an den vielen Seen, die Berlin umschließen, gelegen. Die reizigen Strandbäder am Wannensee und am Müggelsee sind als Schöpfungen eines neuen, von sozialdemokratischem Schaffen beeinflussten Berlin zu besonders wirkungsvollen Erholungsstätten der Großstadtbewölkerung geworden.

Das Massenstrandbad des Berliner Ostens, das Strandbad Müggelsee, will hinter Wannsee nicht zurückstehen. So sind auch hier von Jahr zu Jahr Verbesserungen und der Freude und Bequemlichkeit der Arbeiterbevölkerung des Ostens dienende Einrichtungen geschaffen worden. Zwei große Treppentrepfen führen hinunter zum Badestrand, der jetzt eine Fläche von rund 90 000 Quadratmeter einnimmt. Vom Ufer ist das Wasser 150 Meter in den See hinein so flach, daß auch jeder Nichtschwimmer sich nach Herzenslust austoben kann. Der Linie des Ufers folgend, hat man unterhalb der Pönggenstraße eine neue Umkleidehalle geschaffen, die zu gleicher Zeit 1500 Besuchern zur Verfügung stehen kann. Im Mittelteil sind die Räume des Bademeisters, der Unfallstation und des Sanitätspersonals untergebracht. Milch, Obst- und Konfitürengeschäfte schließen sich an. Selbstverständlich fehlt auch nicht der Friseur, das Photoatelier und der Zeitungskiosk. Das neue Strandcafé wird vielen Badegästen erwünschte Erfrischung bieten. Der einen Kilometer lange Badestrand wirkt mit seinem Strandkörben und Liegestühlen und dem Kiefernwald im Hintergrund wie der Strand eines in den Berliner Osten gebauerten Ostseebades. Für Sport und Spiel ist gleichfalls gut vorgeorgt. Ruderboote, Tischtennisplätze und Sportanlagen warten auf die Besucher.

Der Leiter des Strandbades, unser Genosse Schwed, hat größte Sorgfalt auf den Ausbau der Rettungseinrichtungen gelegt. An Sonntagen wachen 60 bis 80 im Rettungsdienst hervorragend ausgebildete Wärter über Leben und Gesundheit der Badenden. Für die Rettungswache, die von den Freien

Schwimmern Groß-Berlin, Abteilung Friedrichshain, gestellt wird, hat man ein besonderes Haus geschaffen, in dem die „Mannschaft“ auch des Nachts wohnt.

### Wie man zum Strandbad kommt.

Vor dem Eingangsturm des Strandbades endet unmittelbar die Straßenbahnlinie 187, die im Sommer durch verstärkten Verkehr und Einfluß der Radfahrer bewältigt. Aber auch mit der Schnellbahn bis Bahnhof Rahnedorf besteht gute Verkehrsmöglichkeit. Vom Bahnhof aus führt ein schöner Weg durch den Wald zum Bad. Das Strandbad Müggelsee öffnet seine Pforten offiziell am Himmelfahrtstag. Schon in diesen Tagen hatten sich jedoch viele Hunderte von Arbeitern und Angestellten eingefunden, zumal man bis zum Eröffnungstage von der Erhebung eines Eintrittsgeldes Abstand genommen hat.

Die besondere Sehenswürdigkeit des Strandbades Müggelsee aber sind die beiden Arbeiterwohnenndorfungen, die die schönen Namen Regerdorf und Paddendorf tragen. Arbeiter haben sich hier mit eigener Hand kleine Häuschen errichtet, die mit größter Sorgfalt und Liebe betreut, wie kleine Schmuckkästchen in der schönen märkischen Landschaft stehen.

### Heute Verkehrszählung!

Auf sämtlichen Verkehrsmitteln der Verkehrs-A. G. finden heute Personenzählungen statt. Bei den Oberflächennverkehrsmitteln (Straßenbahn und Omnibus) werden die Fahrgäste durch die Schaffner festgestellt. Es bedarf demnach keiner Mühsale des Publikums. Bei der U-Bahn dagegen erhalten die Fahrgäste beim Zugang an den Sperren besondere Zählkarten, die beim Verlassen der U-Bahn an der Sperre abzugeben sind. Da die Zählung der Unterlagen für die Beurteilung des Verkehrs vermittels soll, werden die Fahrgäste um Unterstützung dieser Maßnahme gebeten.

## Wir fahren auf Erholung!

Am Montag um 9 Uhr morgens gibt es auf dem Anhalter Bahnhof lebhaft und aufgeregte Abschiedsunterhaltungen. Viele kleine Köpfe gruppieren sich um die Wagenfenster, während Vater, Mutter und Großmutter die letzten, eindringlichen Ermahnungen und Ratsschläge vom Stapel lassen: „Nicht an die Türe gehen! Nicht zu kalt baden! Nicht zu viel essen! Nicht unartig sein!“ Das wird alles mit einem leise ungeduldigen Kopfnicken abgetan, Hauptsache ist: Haus in die schöne Sonne. Dann preist es, die Maschine zieht an, Lächer schwenken, bis der Zug entschwinden ist. 22 Berliner Kinder, die allerbedürftigsten — denn welches Proletariatskind hätte keine sommerliche Erholung nötig? — wurden von verschiedenen Berliner Bezirksämtern zur Erholung auf 4 Wochen nach dem schöngelegenen August-Bebel-Kinderheim in Göhrlich in der Sächsischen Schweiz geschickt. Einige der kleinen Urlauber auf Kosten der Arbeiterwohlfahrt, die im Jahre 1924 das schöne Heim geschaffen hat, das früher alljährlich mindestens 60 bis 70 Kinder als Gäste bei sich sah. Jetzt, da dies finanziell nicht mehr möglich ist, hat die Arbeiterwohlfahrt 20 schwererziehbare Kinder als ständige Bewohner im Heim einquartiert; sie besuchen die dortige Dorfschule und werden im Heim von pädagogisch und pflegerisch bestausgebildeten Kräften betreut. In diesem Jahr gab es eine freudige Sensation: Alle 20 wurden verheiratet, was bekanntlich nicht immer der Fall sein soll. Den Sommer über erhalten die Kinder dann Besuch der kleinen Feriengäste, was für sie eine angenehme Abwechslung bedeutet. Im Heim selbst wird alles getan, damit sich die Kinder nach jeder Richtung hin wohl fühlen sollen. Aus Mitteln der Arbeiter-Wohlfahrtslotterie wurde jetzt eine schöne, große Liegehalle gebaut, die gleichzeitig bei schlechtem Wetter als Spielhalle dient. Wer nicht auf Sommerreise geschickt werden kann, der kommt nach den schöngelegenen Zeltlagern oder geht auf Fahrt. Im engbegrenzten Rahmen der Kindererholungsfürsorge wird das möglichste getan, den Kindern, die daheim alles entbehren müssen, was zu ihrer gelunden Entwicklung so nützt. Erholung zu vermitteln.

## Bier schwere Raubüberfälle.

### Ueber 5000 Mark Mietgelder erbeutet.

Während am frühen Nachmittag des Montag im Norden Berlins in der Lorchingstraße eine Wohlfahrtsempfängerin brutal niedergeschlagen und beraubt wurde, waren in den Abendstunden Mietgeldräuber gleich an drei Stellen der Stadt und fast zu derselben Zeit leider erfolgreich tätig. In zwei Fällen konnten die Banditen bandenmäßig auf. In allen vier Fällen konnten die Banditen unerkannt entkommen.

Als gegen 18 Uhr der 63 Jahre alte Verwalter Reinhold Behlow im Hause Scheffelstraße 26 die Mieten zum größten Teil einliefert hatte, wurde er auf dem Treppenturm von vier maskierten und bewaffneten Männern überfallen. Die Täter gaben mehrere Schüsse ab, um den Überfallenen einzuschüchtern und raubten eine Tasche, in der sich annähernd 4000 M. befanden. Mit der Beute ließen die Banditen davon, sprangen in eine bereitstehende braune Limousine, rasteten mit Vollgas davon und entliefen. — In der Pappstraße 11 im Südwesten Berlins an der Reufölsner Grenze, drangen vier Burchen mit vorgehaltenen Pistolen in die Wohnung der Portierin Lina Markus im Portierhaus des Ouergebäudes ein, hielten die Frau mit der Waffe in Schach und erbeuteten 1000 M. Mietgelder. — Der dritte Überfall spielte sich im Flur des Hauses Kijfhäuserstraße 2 ab, wo der 69jährige Hausbesitzerin Anna Schneider von einem jungen Burchen die Handtasche mit 300 M. Mietgeldern entrisen wurde. Alle Raubüberfälle scheinen von langer Hand vorbereitet zu sein.

In der Lorchingstraße im Norden Berlins spielte sich gestern am frühen Nachmittag ein brutaler Raubüberfall ab. Vor dem Hause Nr. 31 entspann sich zwischen einer Frau und einem Manne ein lauter Wortwechsel. Plötzlich zog der Mann einen Schlagring hervor und schlug der Wehrlosen mehrmals heftig ins Gesicht. Während die Frau mit schweren Gesichtserletzungen betäubt zu Boden sank, ergriff der Täter die Handtasche der Ohnmächtigen und flüchtete mit seinem Raube. Alles hatte sich so schnell abgepielt, daß der Burche bereits über alle Berge war, als Passanten hinzueilten. Dem Wegelagerer sind 18,40 M. in die Hände gefallen. Das Geld hatte sich die Frau gerade vom Wohlfahrtsamt geholt. Nach dem Täter wird von der Kriminalpolizei gefahndet. Die Schwerverletzte fand im Lazaruskrankenhaus Aufnahme.



**Die einzig Richtige!**

# Volkstümlich-Gemeingut aller Raucher,

## das sind die rechten Worte für unsere „Juno“!

Und wie erreichte Juno diese Anerkennung? Lediglich durch ihre hervorragende Qualität, die auf gewohnter Höhe zu erhalten, unser Ziel bleibt.

# Wer JUNO raucht,

weiß, daß sie keine Wertmarken, Gutscheine, oder Stickerien bringt;

dafür aber absolute Gewähr bietet

für unverminderte Güte und volles Format.



**6 Stück 20s**









Abschluß der Sparkassen-Zentrale.

Die bestandene Belastungsprobe. — Stabile Zinspolitik als Notwendigkeit.

Die Bankkatastrophe des vergangenen Jahres hat auch die deutschen Sparkassen den stärksten Belastungsproben ausgesetzt.

Die jetzt veröffentlichten Jahresberichte des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes sowie der Deutschen Girozentrale — Deutsche Kommunalbank weisen in überzeugender Weise nach, daß kein Geldinstitut und keine Bankorganisation einem allgemeinen Run aus eigener Kraft gewachsen ist.

Aus der damals eingetretenen Zahlungsflutung bei den Sparkassen grundsätzliche Fehler ihres Aufbaues ableiten zu wollen, müßte als verfehlt bezeichnet werden.

Im Hinblick auf die öffentliche Diskussion über eine Sparkassenreform, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres einsetzte, stellt der Bericht des Sparkassenverbandes nachdrücklich fest, daß das deutsche Sparkassennetz nach wie vor auf durchaus gesunden Grundlagen beruht und seine volkswirtschaftlichen Aufgaben richtig erfüllt.

Der Bericht stellt fest, daß der Zuwachs von Spareinlagen bis zum Mai vergangenen Jahres anhielt. Im Juni setzte sodann der Umschwung ein, der bis zum Jahresende eine ständige Minderung der Einlagen bis zu 13,4 Proz. des gesamten Einlagebestandes zur Folge hat.

An sich hätte der Effektbestand der deutschen Sparkassen in Höhe von 1,8 Milliarden Mark zur Befriedigung der erhöhten Zahlungsansprüche ausgereicht.

In den letzten beiden Monaten haben politische Unruhefaktoren die weitere Abdeckung dieser Wechselkredite unterbunden, wobei hinzukommt, daß die Rot der Gegenwart nach wie vor das

stärkste Hindernis für eine Verstärkung der Spartätigkeit bildet. Es zeigt sich aber auch, daß viele Guthaben wegen des größeren Zinsgewinnes in andere Anlagen abgewandert sind, und zwar hauptsächlich in neue Hypotheken, die im Gegensatz zu den alten Hypotheken keiner Zwangsregelung unterworfen sind.

In diesem Zusammenhang erklärte Präsident Kleiner gestern vor Pressevertretern, daß die

Sparkassen einmütig an dem vierprozentigen Normalzinsfuß für Spareinlagen festhalten

wollen. Seit jeher hatte ein stabiler Zinsfuß entscheidenden Wert für die Vertrauenswerbung unter den Sparern. Spareinlagen seien als Kapitalanlagen zu betrachten; es sei daher auch ein Fehler, den Zinsfuß für Spareinlagen mit den Schwankungen des Reichsbankdiskonts zu verflochten, die nur den Geldmarkt betreffen.

In der Bilanz der Deutschen Girozentrale — Deutsche Kommunalbank

(Zentral- und Ausgleichsbank der Sparkassen) spiegelt sich die starke Inanspruchnahme durch die Sparkassen deutlich wider. In der Gewinn- und Verlustrechnung sind die Zinsgewinne von 4,8 auf 7,8 Millionen gestiegen. Die Einnahmen aus Provisionen stellten sich auf 2,7 gegen 2,4 Millionen.

Die Einlagen der Sparkassen bei diesem Institut sind im Berichtsjahr infolge der Abhebungen von 321,5 auf 211,9 Millionen gesunken. Neu erscheint der Bilanzposten „Akzepte“ mit 62,5 Millionen, die der Finanzierung der Zahlungsansprüche dienen.

Schlechte Betriebsbilanz der Reichsbahn.

Aber noch schlechtere Sozialbilanz!

In dem siebenten Geschäftsjahr, für das die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft jetzt Bericht und Abschlußziffern vorlegt, hat die Verschärfung der Wirtschaftskrise zu einer außerordentlichen Schrumpfung des Güterverkehrs und damit auch der Einnahmen geführt.

Die Frachteinahmen blieben hinter 1930 um 19 Proz. und hinter dem letzten Konjunkturjahre 1929 um 34 Proz. zurück. Etwas widerstandsfähiger war der Personenverkehr, dessen Einnahmen gegen 1930 nur um 15 Proz. und 1929 um 28 Proz. sanken.

	Einnahmen in Millionen Mark	Ausgaben in Millionen Mark
1929	5354	4493
1930	4570	4090
1931	3849	3623

Es ergibt sich also rechnergemäß ein Betriebsüberschuss von 226 Millionen Mark. Unter Berücksichtigung der Reparationsleistungen von 635 Mill. Mark betragen die Mehrausgaben der Betriebsrechnung 408 Millionen.

Das Krisenjahr 1931 hat also die wesentlichen Bestandteile der Reichsbahnreserven verzehrt.

Diese Tatsache kennzeichnet die verheerenden Wirkungen der Wirtschaftsschrumpfung auf die Verkehrslieferungen der Reichsbahn und ihre Betriebsleistungen auf so deutlicher, als es dieses größte öffentliche Unternehmen Deutschlands an rigorosesten Einsparungen nicht hat fehlen lassen.

Die Opfer der Eisenbahner in den beiden Krisenjahren 1931/32 erreichen also fast eine halbe Milliarde Mark.

Wenn die Verwaltung der Reichsbahn in ihrem Bericht zu dieser dramatischen Tatsache bemerkt, daß die finanzielle Lage der Gesellschaft durch den Lohn- und Gehaltsabbau nicht erleichtert worden sei, da die Ersparnisse zu Tarifsenkungen Verwendung fanden, so kann diese wegwerfende Art nur als eine Brüstung der 650 000 Eisenbahner angesehen werden.

Wie nicht anders zu erwarten war, wurden auch die Sachausgaben für den Betrieb im Berichtsjahr weiter stark eingeschränkt. Sie betragen 1931 nur noch etwa eine Milliarde, waren demnach also um 50 Proz. gegen 1929 gedrosselt.

Zu der vielumstrittenen Frage der Kraftwagenkonkurrenz gegen die Reichsbahn nimmt der Bericht der Verwaltung nochmals ausführlich Stellung. Es wird die bekannte Auffassung vertreten, daß der Kraftwagenbetrieb so wie die Eisenbahn nach allgemeinem wirtschaftlichen Grundgesetze geführt und ihm auch die gleichen Verpflichtungen auferlegt werden müßten wie der Eisenbahn.

Die Errichtung eines Verkehrsmonopols der Reichsbahn

der gegebene Weg zu sein. Es geht nicht an, daß einigen Interessentengruppen zuliebe die bisherige Desorganisation auf

dem Gebiete des Landgüterverkehrs zum Schaden der Gesamtheit anhält.

Die Aussichten für das laufende Jahr sind denkbar ungünstig. Die Tarifsenkungen haben bei dem fortgesetzten Schrumpfungszug der Wirtschaft keine belebende Wirkung erzielen können.

1932 die Betriebseinnahmen kaum 3 Milliarden Mark

erreichen. Schon von Januar bis April hat sich eine Unterbilanz gegenüber der gleichen Zeit von 1931 in Höhe von 328 Millionen ergeben.

Der Hansabund lebt noch . . .

. . . und „rettet“ immer noch die Wirtschaft mit unzeitgemäßen Vorschlägen.

Ueber eine Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Hansabundes, der schon seit Jahren ohne jede Resonanzziel eigeninnige Proklamationen erläßt, wollen wir nur festhalten, daß in den Entschuldigungen zusätzliche öffentliche Arbeitsbeschaffung und planwirtschaftliche Eingriffe veranlassen und die freie Handelsvertragspolitik und ein völliger Kurswechsel der inneren Wirtschaftspolitik gefordert werden.

Generalversammlung bei Centralboden

Steigende Zinsrückstände / Zahlungsunfähige Gemeinden

Die Generalversammlung der Deutschen Centralboden-credit-A.-G. genehmigte debattelos den Abschluß für das Jahr 1931. Was über die Geschäftstätigkeit im ersten Vierteljahr 1932 gefaßt wurde, war für die Verschlechterung am Realcreditmarkt überaus bezeichnend.

Neue Geschäfte konnte dieses größte deutsche Realcreditinstitut nicht abschließen; auch eine Finanzierung der Hauszinssteuerablosung war bisher nicht möglich.

Neue Geschäfte konnte dieses größte deutsche Realcreditinstitut nicht abschließen; auch eine Finanzierung der Hauszinssteuerablosung war bisher nicht möglich. Bedenklich ist, daß die Zinsrückstände von Vierteljahr zu Vierteljahr gestiegen sind, nicht zuletzt infolge der Osthilfemaßnahmen.

Sanierung der Carlshütte-Waldenburg

Die Zahlungsunfähigkeit des schlesischen Fürstlich Bleichschon Konzerns und die mit dem Bau der Stickstoffwerke Waldenburg betriebene ständische Kapitalflehtung hat jetzt ein weiteres Opfer gefordert.

Im Geschäftsjahr 1931 hat die Carlshütte außerdem einen Betriebsverlust von 0,4 Millionen Mark erlitten. Das Kapital wird von 2 Millionen auf 0,2 Millionen Mark zusammengelegt und dann um eine Million auf 1,2 Millionen Mark wieder erhöht.

Guter Abschluß im Werkzeugmaschinenbau.

Reineder-Chemnitz erhöht Dividende von 4 auf 6 Prozent.

Die A. E. Reineder A.-G. in Chemnitz, deren Spezialität die Fabrikation von Werkzeugmaschinen und Werkzeugen für die Metallbearbeitung ist, veröffentlicht jetzt den überragenden Abschluß des Vorstandes, daß die Dividende für das Geschäftsjahr 1930/31 von 4 auf 6 Proz. erhöht wird.

Das Unternehmen, das eine Belegschaft von annähernd 1500 Mann beschäftigt, hatte im Berichtsjahr infolge der damals eingelaufenen großen russischen Maschinenbestellungen gut zu tun.

